

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Preis pro Quartal 2,00 M., halbjährlich 3,50 M., jährlich 6,00 M. Einzelnummern 10 Pf. Alle Abonnenten und Besteller werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Tagespreise sind in der Druckerei zu erlangen. — In Halle können die Bestellungen auch durch den dortigen Vertreter des Verlegers, Herrn Dr. H. H. H. H., erfolgen. — Der Preis für den Abdruck von Anzeigen wird nach dem Inhalt der Anzeigen bestimmt. — Der Preis für den Abdruck von Anzeigen wird nach dem Inhalt der Anzeigen bestimmt. — Der Preis für den Abdruck von Anzeigen wird nach dem Inhalt der Anzeigen bestimmt.



Alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks. Preis pro Quartal 2,00 M., halbjährlich 3,50 M., jährlich 6,00 M. Einzelnummern 10 Pf. Alle Abonnenten und Besteller werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Tagespreise sind in der Druckerei zu erlangen. — In Halle können die Bestellungen auch durch den dortigen Vertreter des Verlegers, Herrn Dr. H. H. H. H., erfolgen. — Der Preis für den Abdruck von Anzeigen wird nach dem Inhalt der Anzeigen bestimmt. — Der Preis für den Abdruck von Anzeigen wird nach dem Inhalt der Anzeigen bestimmt. — Der Preis für den Abdruck von Anzeigen wird nach dem Inhalt der Anzeigen bestimmt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 9 — 94. Jahrgang      Verleg.-Adr.: „Tageblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Freitag, den 11. Januar 1933

## Ehrliches Spiel.

Soll sich im Saargebiet das unehrliche Spiel wiederholen, das der Völkerbund mit Deutschland trieb, als es um die oberschlesische Entscheidung ging? Damals hatte auch der Völkerbund diese letzte Entscheidung in Händen und die Verantwortung vor der ganzen Welt. Und Lord George, der als englischer Ministerpräsident doch schließlich einigen Einfluss auf jene Entscheidung gehabt haben dürfte, hatte feierlich vor dem englischen Parlament zugesagt, daß in der oberschlesischen Frage Deutschland gegenüber ein „fair play“, ein „ehrlisches Spiel“ gerieben werden sollte. Wittebrunn, das war, hat die Welt, haben vor allem wir Deutsche ja dann erfahren, als namens des Völkerbundesrates eine internationale Kommission unter Vorsitz des Chinesen Wellington Koo die neue Grenze quer durch Oberschlesien zog und die wertvollsten Teile von Deutschland abschchnitt! Soll ähnliches jetzt wieder vorbereitet werden im Saargebiet, wo ja der Völkerbundrat auch die formelle Entscheidung zu fällen, wo er aber vor allem nicht bloß formell, sondern tatsächlich durch die dortige Regierung und die Abstimmungskommission auszuüben, heute und morgen die Verantwortung zu tragen hat? Die letzte Verantwortung lastet nicht auf ihm, sondern auf ihm für das, was im Saargebiet nun an mehr als nur Aufständem liegt, ein paar Tage vor der Abstimmung, vor sich gegangen ist und vor sich geht. Das Deutschland von heute ist nicht mehr das von 1921. Aber auch der Völkerbund hat den damaligen Reiz der Jugend längst eingebüßt und durch sein unehrliches Spiel in der oberschlesischen Entscheidung die Illusionen zum großen Teil auch in jenen Preußen zerstört, die in diesem Geschick des Völkerbundes Willen den Führer in ein kommendes Zeitalter der allgemeinen Verständigung hinein erblickten. In den seither verstrichenen Jahren und ganz besonders 1933 sind wir Deutsche dann gründlich und restlos von solchen Illusionen geheilt worden. Und in Genf selbst machte man sich darüber auch kaum noch etwas vor, wo dort die Entscheidungen fallen, ob vor oder ab — hinter den Kulissen.

Eine sehr weit rechtsstehende Pariser Zeitung wandte sich kürzlich wegen eines bestimmten Vorganges in bemerkenswerter Weise gegen die schlecht gezielte Aufregung, mit der die sonstige französische Presse die deutschen Aufregungen für die Abstimmung und für die Rückübertragung des Saargebietes verfolgt. Es handelt sich doch, so erklärt jenes Pariser Blatt, beim Saargebiet um einen Teil Deutschlands, der bis zum Zeitpunkt einer definitiven Entscheidung nur der treuhänderischen Verwaltung des Völkerbundes anvertraut worden ist. „Ein Teil Deutschlands“ — wir wollen mit dieser Erkenntnis eines Franzosen schon ganz zufrieden sein, um so mehr, als sie nun auch ganz offen ausgesprochen wurde! Wir aber müssen hinzufügen, daß wir uns in Deutschland unter einer „treuhänderischen Verwaltung“ etwas wesentlich anderes vorstellen als es das ist, was das Saarland unter der Regierungskommission seit langem erlebt hat und wir Deutschen von außen her mit ansehen mußten. Und was vor allem jetzt, so kurz vor den Entscheidungstagen im Saargebiet, sich zugetragen hat auf Veranlassung der Regierungskommission, deren Ausführungsorgan die Landespolizei ist. Oder glaubt denn in der ganzen Welt auch nur ein einziger Mensch, diese Landespolizei hätte ganz allein von sich aus die wie eine Bombe einschlagende Maßnahme getroffen, ihre Polizeitruppe aus dem Gebiet links der Saar restlos zurückzuziehen und zum Zeichen dafür, daß sie nicht so bald wiederkommt, die Grenzwachthäuser zum Teil zugunsten? Der zuständige Polizeidirektor Heimburger hat neugierigen Ausfragern gegenüber 4 — in Worten: vier — verschiedene „Gründe“ für seine Maßnahmen in jenem Teil des Saargebietes harr an der lothringischen Grenze angegeben, jedesmal einen anderen Grund, — aber der richtige war wohl kaum unter jenen vier! Kann das Ausland — von uns Deutschen wollen wir hier gar nicht reden — auch das noch als ein „ehrlisches Spiel“ ansehen oder gar als solches bezeichnen?

So oft und auch jetzt wieder, im Anschluß an die Verhandlungen in Rom, hörte man es in der Auslandspresse, der Führer und Reichkanzler Adolf Hitler sollte doch „seinen Friedensworte auch die entsprechenden Taten als Beweis folgen lassen“; der französische Außenminister Bonal sprach ähnliches vor ein paar Wochen aus vor dem französischen Parlament. Wir wollen hier jeden Rückblick darauf unterlassen, wie oft schon dieser Beweis geliefert wurde. Wir wollen den Blick vielmehr in die nächste Zukunft richten. Sie bringt die Entscheidung in der Saarfrage letzten Endes doch durch den Völkerbund und er bzw. die Großmächte wissen, daß wir bereit sind, mit Hilfe des rückgekehrten Saargebietes aus aller Kraft die Brücke nach dem Westen zu bauen. Aber nur dann, wenn man mit dem Saargebiet und daher auch mit Deutschland ein „fair play“, ein „ehrlisches Spiel“, treibt, ehrlicher als vor vierzehn Jahren!

## Deutschland lehnt die Teilnahme an der Saartagung des Völkerbundes ab.

### Der englische Botschafter beim Reichsaussenminister.

Der englische Botschafter Sir Eric Phipps hat den Reichsaussenminister, Hr. v. Neurath, aufgesucht und angeregt, daß Deutschland als Mitglied an der bevorstehenden außerordentlichen Ratstagung des Völkerbundes teilnehme, auf der die Entschlüsse über das Saargebiet auf Grund der Ergebnisse der Abstimmung gefaßt werden sollen.

Der Reichsaussenminister hat den Botschafter wissen lassen, daß die Reichsregierung, nachdem sie ihren Austritt aus dem Völkerbund erklärt habe, sich aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in der Lage sehe, die Anregung Folge zu geben.

Gleichzeitig wurde der englische Botschafter darauf hingewiesen, daß Nachrichten vorliegen, wonach die endgültige Entscheidung über das Schicksal des Saargebietes erst in einer späteren Ratstagung erfolgen sollte, daß aber nach Auffassung der Reichsregierung ernste Bedenken dagegen beständen, die Entscheidung über das Schicksal des Saargebietes hinauszuzögern, da es insbesondere für die nationalökonomische Wirtschaft schwerwiegende Schädigungen mit sich brächte, wenn der ungesunde Zwischenzustand mit all seinen Unsicherheitsfaktoren über das Maß des dringenden Notwendigen hinaus verlängert würde.

### Die status-quo-Front will die Abstimmung unmöglich machen

Nachdem es der status-quo-Front missfällt ist, durch Provokationen Zusammenkünfte mit den Mitgliedern der Deutschen Front herbeizuführen, und so eine Lage zu schaffen, die die Abstimmung vielleicht unmöglich machen könnte, greift sie nun ansehnlich der geschlossenen und entschlossenen Haltung des größten Teiles der Saarbevölkerung zu neuen Mitteln. Die große Angst vor der Abstimmung am kommenden Sonntag hat sie zu einem neuen Verzweiflungsschritt getrieben, durch den sie die Abstimmung nun mit Sicherheit glaubt sabotieren zu können.

Nach einwandfreien Ermittlungen plant die Einheitsfront, auf ein bestimmtes Stichwort hin am Sonntagmorgen ihre Rekruten aus den einzelnen Abstimmungskolaten zurückzuziehen. Da dann die Wahlvorkände den Bestimmungen nicht mehr entsprechen, und zum Torso würden, wäre damit die Fortführung der Abstimmung unmöglich gemacht.

Glücklicherweise ist es gelungen, rechtzeitig hinter diese Machenschaften zu kommen und Schritte vorzubereiten, die auch diese Dinge unmöglich machen.

Die status-quo-Front will ihren seit ausgeheckten Plan mit einer Begründung verwirklichen, die die Schuld der Deutschen Front zuschreibt, und zwar will sie durch Provokateure in den Farben Deutschlands flaggen lassen und dann diese Übertretung des Flaggenverbotes als neuen Terrorakt und als Übertretung der Abstimmungsbestimmungen aufzählen.

Damit soll dann die Sicherheit der Abstimmung in Frage gestellt sein. Nach dem Motto „Halte den Dieb“ beklagt sie sich dabei schon jetzt über den „Terror“ der Deutschen Front und bereitet diesen Schritt für den kommenden Sonntag stimmungsgemäß vor. Sie veranstaltet Presseempfang für die Auslandspresse und versucht, ihr schon jetzt einen angeblichen Terror der Deutschen Front zu beweisen.

Demgegenüber hat die Landesleitung der Deutschen Front auch auf ihr letztes Recht verzichtet, um auf jeden Fall die Abstimmung sicherzustellen, und Maßnahmen getroffen, die jeglichen Zusammenstoß mit Mitgliedern der status-quo-Front ausschließen. Der stellvertretende Landesleiter Nietmann hat

folgenden Aufruf

erlassen: „Angesichts neuer verzweifelter und vielfachfacher Anstrengungen der Gegner von Ruhe und Ordnung im Saargebiet, die Durchführung der Abstimmung zu ge-

fährden, oder gar am 13. Januar zu verhindern, sehe ich mich veranlaßt, folgende Anweisungen an die Mitglieder der Deutschen Front ergehen zu lassen:

#### Vollsgenossen!

1. Nach einwandfreien Ermittlungen plant die Einheitsfront, das Aufschieben von Flaggen am Abstimmungstag zum Anlaß zu nehmen, ihre Rekruten aus den einzelnen Abstimmungskolaten zurückzuziehen. Wir wissen darüber hinaus, daß die Einheitsfront durch Provokateure das Aufschieben der Flaggen in den Farben unseres Deutschlands vornehmen zu lassen beabsichtigt. Die Abstimmungskommission hat vor geraumer Zeit eine Verordnung erlassen, nach der bis zur Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses nicht geflaggt werden darf.

Für jedes Mitglied der Deutschen Front war und ist es eine Selbstverständlichkeit, daß also in der französischen Zeit weder geflaggt noch sonst nationale Symbole gezeigt werden. Wenn trotzdem am 13. Januar Flaggen gezeigt werden, so ist die staatsrechtliche Unrechtmäßigkeit und sind vor allem die zuständigen Stellen schon jetzt davon unterrichtet, daß es sich dabei um ein zu durchführbares und systematisch organisiertes Manöver unserer Gegner handelt. Die Mitglieder der Deutschen Front sind angehalten, solcher Machenschaften der Gegner nun erst recht im Gewissen verpflichtet, das Flaggenverbot strengstens einzuhalten.

2. Es ist von uns weiter festgestellt worden, daß die von der Abstimmungskommission für Plakate freigegebenen Tafeln von Angehörigen der gegnerischen Gruppen zerstört oder beschädigt sind, um auch diese frevelhaften Mitglieder der Deutschen Front und damit unserer Organisation zur Last zu legen. Ich erkläre, daß es sich bei diesen Vorgängen — es handelt sich um die Durchschlag der Plakate und völlige Entfernung der Tafeln — um eine bestellte Arbeit der Gegner handelt, zumal nicht nur in einem Fall festgestellt werden konnte, daß Plakatschein zerstört wurden, während kommunalistische Schuttposten ihre eigenen Tafeln bewachten.

Ich fordere alle Mitglieder der Deutschen Front auf, unverzüglich der Landesleitung der Deutschen Front Mitteilung über vorkommende Beschädigungen von Plakatscheinen zu machen. Wer so zur Ermittlung des Täters und dessen gerichtlicher Aburteilung beiträgt, erhält eine Belohnung von 100 Francs. Damit habe ich schon jetzt festgestellt, daß die Zerstörung oder Beschädigung von Plakaten als Sabotage unseres selbstbestimmten Willens gilt, Ruhe und Ordnung im Saargebiet aufrechtzuerhalten.

3. Vollsgenossen! Bleibt in den nächsten Tagen, insbesondere aber in den nächsten Nächten, vor der Abstimmung den Straßen fern. Ich ersuche alle Mitglieder der Deutschen Front, die äußerste Disziplin zu wahren, weil der Gegner versucht, Demonstrationen zu inszenieren und dadurch Zusammenkünfte heraufzubeschwören. Ich ersuche weiter, Demonstrationen der Gegner sofort der zuständigen Polizeibehörde und der zuständigen Stelle unserer Organisation mit Angabe von Zeugen unverzüglich telefonisch zu melden. Ueberlastet die Säuberung der Straße von den Ruhebrechern und dem Wob der Polizei.

4. Die Kreisleiter, Ortsgruppenleiter, Sektionsleiter, Zellenleiter und Blockwarte sind mir dafür verantwortlich, daß meine Anordnungen zur Kenntnis aller Mitglieder der Deutschen Front gelangen und daß diese Anweisungen auf das fruchtbarste beachtet werden.

5. Wer diesen Anordnungen zuwiderhandelt, stellt sich außerhalb unserer deutschen Volksgemeinschaft und ist als Provokateur zu behandeln.

## Abstimmungsergebnis über alle Sender der Welt.

Die Presse durch die Abstimmungskommission ausgeschaltet.

Die Abstimmungskommission hat grundsätzlich beschlossen, das Ergebnis der Volksabstimmung im Saargebiet am Montagabend durch den Mund ihrer Präsidenten Rohde über alle Sender der Welt verkünden zu lassen. Als amtliche Ergebnisse der Abstimmungsbekanntgabe werden nacheinander die Einzelergebnisse mit ihren Stimmen für Deutschland, Frankreich und den Status quo sowie die unglücklichen Stimmen in deutscher und französischer Sprache bekanntgegeben. Abschließen verkündet Rohde das Gesamtergebnis.







Tagespruch

Das Schicksal ist ein Wirbelwind, Ein armes Blatt das Menschenkind, Er treibt's zu Tal, er hebt's zum Hügel — Das Blättchen rühmt sich seiner Flügel.

Die Ausschmückung der Saarabstimmungszüge.

Die Abstimmungszüge dürfen bei Eintritt in das Saargebiet nicht mit Wimpeln, Grünschildern, Plakaten oder Aufschriften (auch im Wageninnern) versehen sein. Die Ausschmückung der Züge auf den Grenzstationen ist sehr kurz bemessen. Eine Ausschmückung der Wagen kann dabei höchstens in geringem Umfange und nur so zugelassen werden, daß die Ausschmückung beim Übergang der Wagen in das Saargebiet leicht und rasch wieder entfernt werden kann. Namentlich muß es vermieden werden, daß etwa Plakate fest angeklebt werden, und daß Grünschilder so festgebunden sind, daß er nicht ohne weiteres abzuschneiden ist. Angesichts der Bedeutung der Saarabstimmung darf erwartet werden, daß die Reisenden der Abstimmungszüge für die hier nötige Zurückhaltung Verständnis haben.

Berichtigungen in Stimmausweisen.

Das Kreisbüro Saarbrücken-Stadt der Abstimmungskommission hat an die Betätigungskräfte der Deutschen Front folgenden Schreiben gerichtet, das für alle in Frage kommenden Abstimmungsberechtigten von außerordentlicher Bedeutung ist: „Nach den gemachten Erfahrungen sind auf den Abstimmungsstellen bei den außerhalb des Saargebietes wohnenden Stimmberechtigten zum Teil Berichtigungen vorzunehmen. Andere, außerhalb des Saargebietes wohnende Stimmberechtigten haben ihre Stimmausweise wegen Adressenänderung nicht erhalten. Diese Stimmausweise sind teilweise zurückgekommen bzw. an die Anschriftstelle gelangt. In anderen Fällen sind Stimmscheine der genannten Personen durch Unachtsamkeit usw. in Verlust geraten. In anderen Fällen erscheint es notwendig, die Stimmberechtigten davon in Kenntnis zu setzen, daß a) nicht zugestellte Stimmausweise von ihnen auf dem Rathaus Saarbrücken, Zimmer 22, auch am Wahltag in Empfang genommen, b) Berichtigungen am Wahltag bei der gleichen Stelle des Rathauses durchgeführt werden können; c) die Ausstellung von Duplikatausweisen ebenfalls auf Zimmer 22 des Rathauses am Abstimmungstag erfolgen kann. Es sei darauf hingewiesen, daß die Nebenstelle des Kreisbüros Saarbrücken-Stadt im Rathaus Saarbrücken, Zimmer 22, am Wahltag von vormittags 7.30 Uhr bis nachmittags 20 Uhr ununterbrochen geöffnet ist. Die Inanspruchnahme dieser Stelle kann natürlich auch vor dem Wahltag in der Zeit von 8 bis 12 und von 15 bis 18 Uhr und am Sonntag, dem 12. Januar 1935, von 8 bis 12 und von 15 bis 22 Uhr erfolgen.“

Da lachen die Saardeutschen!

Das französische Wahlplakat in deutscher Sprache. In Saarbrücken ist das erste französische Propagandaplatat an einer Anschlagstelle aufgetaucht. Es ist in deutscher Sprache abgefaßt. Frankreich besche darauf, heißt es im Text, daß das Saargebiet einmal zu Frankreich komme, denn Frankreich sei „das Land der Freiheit und der Humanität“ (!). Frankreich würde sich auch mit dem sogenannten Status quo (also der Beibehaltung des jetzigen Zustandes) begnügen, — womit wieder einmal bewiesen ist, daß die Abstimmung für den Status quo eine Abstimmung zugunsten Frankreichs ist. Wie merkwürdig — das französische Propagandaplatat in deutscher Sprache! Und das nach fünfzehnjähriger Fremdherrschaft rein französischer Art! Also scheint man sich doch in Paris von einem Plakat in französischer Sprache keine Wirkung zu versprechen. Dabei hat man uns doch von jenseits der Grenze lange genug einreden wollen, daß Saargebiet sei wer weiß wie hochprozentig französisch.

Empfang im Begeisterungsturm.

Ankunft weiterer Auslandsdeutscher. Die Ankunft der einzelnen Sonderzüge mit den abstimmungsberechtigten Saardeutschen aus aller Welt gehalten sich jedesmal zu einem großen nationalen Volksfest. Wieder traf in Saarbrücken ein Transport von 60 Saardeutschen aus Südamerika ein. Schon eine Stunde vor Ankunft des Zuges waren der weite Bahnhofsplatz und alle anliegenden Straßen mit Menschen dicht gefüllt, und als dann schließlich der Zug eintraf und die Saardeutschen aus Südamerika aus dem Bahnhofsausgang traten, da ließen ihnen vor Ergriffenheit über diesen Empfang, den sie nach ihren eigenen Worten nie im Leben erträumt hätten, die Tränen herunter. Sie fielen den nächstlebenden Saarbrückern um den Hals, und es gab ein herrliches Verbrüderungsfest. Die Polizei, die unter dem Kommando ausländischer Offiziere mehrere hundert Mann aufgestellt hatte, verhielt sich korrekt und zurückhaltend, denn der größte Teil der Beamten sympathisiert ja selbst mit der Bevölkerung und geht deshalb mit aller Schonung gegen Demonstranten vor. Im übrigen ist ein stetiges Abdrücken bei den Status-quo-Parteien zu vermerken, und die Versammlungen z. B. des sogenannten „Christlichen Volksbundes“ nahmen in den letzten Tagen zum Teil abgesetzt werden, weil kein Mensch dazu erschienen war. Die Zahl der Ausritte aus diesen Parteien und der Neuanmeldungen zur Deutschen Front ist stark.

Der tägliche Emigrantenerwerb.

In Dudweiler ist es zu einem Zwischenfall gekommen. Ein Mitglied der Deutschen Front namens Weinerzog wurde, als er zur Arbeit ging, von Emigranten beschossen. Eine Kugel drang in den Abzug eines Schusses. Weinerzog wurde nicht verletzt. Die Täter entliefen im Walde.

Im ganzen Saargebiet sind noch einmal angefaßt der Zwischenfälle der letzten Tage die verantwortlichen Leiter der Organisations der Deutschen Front streng darauf hingewiesen, bei allen Mitgliedern für unbedingte Disziplin und Zurückhaltung gegenüber den Provokationen der „Einheitsfront“, besonders der Kommunisten, zu sorgen.

Strafantrag gegen den Separatisten „Prinz“ Löwenstein.

Wegen widerlicher Verfehlungen. Die Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht Saarbrücken hat gegen den „Prinzen“ Hubertus zu Löwenstein und einen gewissen v. Alvensleben ein Verfahren wegen des dringenden Verdachts fälschlicher Verfehlungen eingeleitet. Die Anzeige ist von dem Personal des Hotels erstattet worden, in dem der Prinz zu Löwenstein wohnt. Das Personal wurde durch die ekelhaften Vorfälle in dem Zimmer des Prinzen veranlaßt, die Polizei zu alarmieren. „Prinz“ zu Löwenstein, der wegen unehrlicher Führung dieses Titels bereits von einem deutschen Gericht verurteilt worden ist, hat schon vor Wochen seine Aufenthaltsgenehmigung im Saargebiet verloren. Er reiste trotzdem ein und wurde dann durch persönliches Schreiben des Präsidenten Anor ausgewiesen. Anor nahm aber die Ausweisung gegen Löwenstein zurück. Welche politischen Gründe haben vorgelegen, um einen derartigen Kerl im Saargebiet zu halten?

Ein Kind beschämt kleinliche Abstimmungsleiter.

Eine Breslauer zwölffährige Schülerin hat den aus Schlesien reisenden Abstimmungsberechtigten 110 vorchristlichmähige schwarze Kleinfeste aus eigenen Ersparnissen gestiftet und diese Kleinfeste dem Bund der Saarvereine überwiesen. Der Bund hat sich daraufhin entschlossen, der kleinen Spenderin eine besondere Ehrung und ein Andenken an diese Denkwürdigkeit zu übermitteln.

Kardinal Faulhaber zur Saarabstimmung.

Ähnlich wie in den übrigen Wahlmeeren hat auch der Erzbischof von München, Kardinal Dr. Faulhaber, ein Hirtenwort zur Saarabstimmung veröffentlicht, das sich inhaltlich bedingt mit der Kundgebung der Bischöfe der Niederrheinischen Kirchenprovinz. In der Kundgebung wird verordnet, daß am Abstimmungssonntag, dem 12. Januar, in allen Kirchen der Erzdiözese nach dem allgemeinen Gebet drei Vaterunser mit Ave-Maria gebetet werden, „um einen für unser deutsches Volk segensreichen Ausgang der Saarabstimmung zu erleben“.

Zur Österreich zu „gefährlich“?

Der Sicherheitsdirektor von Salzburg hat im Zusammenhang mit der bevorstehenden Saarabstimmung aus Gründen der öffentlichen Sicherheit die öffentlichen Rundfunkübertragungen von deutschen Sendern am 12. und 13. Januar untersagt. Zuwiderhandlung werden mit hohen Geldbußen und Gefängnisstrafen belegt.

Lyd erreichte den deutschen Kältereord.

Nachlassen des Frostes im Reich. Im größten Teil Deutschlands ist die vorausgesagte Milderung des Frostes eingetreten, in Ostpreußen jedoch hält die strenge Kälte noch an. Die Temperaturen schwanken in Nord-Ostpreußen zwischen 15 und 20 Grad unter Null und in Süd-Ostpreußen zwischen 20 und 30 Grad Frost. Den Kältereord hat bisher Lyd mit 30 Grad erreicht. Der Frost hat auch bereits ein Todesopfer gefordert. Ein Landwirt, der sich auf dem Heimwege befand, ist auf dem langen Marsch zusammengebrochen und erfroren. In Trenburg fand ein Bauer einen aus dem Reiche stammenden Landbesitzer im Schnee auf. Der Mann war fast erfroren und nur leicht bekleidet, obwohl er in seinem Koffer warme Wäsche trug. Als man ihn ins Leben zurückgerufen hatte, erklärte er auf die Frage, warum er sich nicht warm angezogen habe, er hätte nicht gedacht, daß der Frost in Ostpreußen solch eine Wirkung haben könnte.

Viele Brände sind auf dem Lande dadurch entstanden, daß man versucht hat, die eingefrorenen Wasserleitungen mit offenem Feuer aufzutauen. Brandfälle sind in solchen Fällen unumgänglich, da die Spritzen einfrieren. In Gydtkuhnen brannte das Gemeindefeuerhaus nieder. Zur Bekämpfung des Brandes stellte der große Grenzbahnhof Lothen des Wasser, das für die Lokomotiven vorgewärmt war, zur Verfügung, um die immer wieder einfrierenden Spritzen aufzutauen.

Das Ergebnis des Warschauer Besuches.

Der Danziger Senatspräsident über seine Polenfahrt. Der Danziger Senatspräsident Greifer hat Danzig verlassen, um sich zur Teilnahme an der Völkervereinigung nach Genf zu begeben. Vor seiner Abreise gewährte Senatspräsident Greifer eine Unterredung über die sachlichen Ergebnisse der anlässlich des Staatsbesuches in Warschau mit den polnischen Regierungskreisen geführten Besprechungen. Er sei von seiner Reise mit der bestimmten Überzeugung zurückgekehrt, daß die polnische Regierung die freundschaftliche Zusammenarbeit mit Danzig ehrlich wünsche. Im Verlaufe der Besprechungen mit dem polnischen Ministerpräsidenten Kozłowski habe er, der Senatspräsident, vorläufig Gelegenheit genommen, die für die Danziger Wirtschaft lebenswichtige Frage der Einfuhrbewilligungen zur Sprache zu bringen. Ministerpräsident Kozłowski hat dem Senatspräsidenten dazu ausdrücklich erklärt, daß eine Venachlässigung der Danziger Wirtschaft von der polnischen Regierung nicht gewünscht werde.



Separatisten provozieren.

Das gewalttätige Einbringen einer Herberkolonne mit Werbeexemplaren der separatistischen „Neuen Saarpol“ in den Garten des Hauses der Deutschen Front in Saarbrücken führte zur vorübergehenden Besetzung dieses Hauses durch ein Überfallkommando. — Die Wagen des Überfallkommandos vor dem Haus der Deutschen Front. Auf der Straße liegen Exemplare des separatistischen Blattes verstreut.



Saarbrücken, der kulturelle und wirtschaftliche Mittelpunkt des Saarlandes, mit der Ludwigskirche. Zeichnung von R. Reimeck.





